

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erheben Sie sich mit dem Wilsdruffer Tageblatt...
Abonnement monatlich 4 Mk., durch unsere Kurierpost in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post...
In Halle...
In Halle...
In Halle...



Interessante 1. 20. für die...
Ziel...
Ziel...
Ziel...

Er scheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt...
Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 47.

Freitag den 25. Februar 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bienenzucker.

Die Versorgung der Imker mit Zucker zur Bienenfütterung erfolgt auch in diesem Jahre wieder ausnahmslos durch Vermittlung der Bienenzüchtervereine. Auch diejenigen Imker, die keinem Bienenzüchterverein angehören, haben sich wegen Bestellung und Empfangnahme des Zuckers an den für ihren Ort zuständigen Bienenzüchterverein zu wenden.

Doppelbestellung von Bienenzucker (bei mehreren Vereinen) wird mit vollständiger Zuckerentziehung bestraft.

Reichen, am 23. Februar 1921. Die Amtshauptmannschaft.

Kartoffelverkauf Dienstag den 1. März 1—4 Uhr in der neuen Schule. Bezahlung hat vormittags 9—1 Uhr im Verwaltungsgebäude — Zimmer Nr. 2 — zu erfolgen.
Wilsdruff, den 23. Februar 1921. Der Stadtrat. — Kriegswirtschaftsamt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die deutsche Abordnung für London, etwa 60 Personen unter Führung von Dr. Simons, wird am Sonntag abreisen.
- * Durch die Reichstagswahlen ist die Zahl der Reichstagsmitglieder von 486 auf 469 gesunken.
- * Die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland ist auf zwei Millionen gestiegen.
- * Nach den endgültigen amtlichen Feststellungen setzt sich der preussische Landtag aus 428 Abgeordneten zusammen.
- * Die Entente-Kommission in Opatowitz bestätigt, daß die Abkündigung in Oberschlesien am 20. März stattfindet.
- * Zum zweiten Vorsitzenden des Reichswirtschaftsrates wurde der Arbeitnehmer Adolf Cohen gewählt.

Die Einheitsfront.

Sie ist auf dem Marsch, wenn auch in anderer Bekleidung, als ihre lautesten Befürworter es sich gedacht hatten. Nicht alle Parteien sollen, weil und solange wir in Not sind, von einem Bande Vaterländischer Arbeit- und Opferbereitschaft umschlungen werden — das geht nicht, scheint beim besten Willen auch jetzt nicht möglich zu sein, denn rechts und links scheiden sich in Deutschland, wenigstens wenn man die äußersten oder auch nur die äußeren Flügel in Betracht zieht, immer noch wie Feuer und Wasser. Wohl lag den Deutschen die Sozialdemokratie zu einer gemeinsamen Regierungsbündnisfront zusammenzutreten, wenn man nur Gewähr dafür leisten würde, daß diesmal in London unter allen Umständen festgehalten würde. Aber Scheidemann und seine Freunde betrauzigten sich heute vor den Deutschenationalen genau ebenso, wie deren Vorgänger, die Konservativen, es bereits vor Bebel und Singer getan hatten. Nein, so kommen wir nicht weiter, je vi noch nicht weiter; da muß die alles heilende Zeit erst noch ganz gewaltige Verfassungsarbeit tun.

Die erste bürgerliche Partei, die aus dieser Sachlage entflohen die Folgerungen zog, war das Zentrum, im Reichstag also wie in dem neugewählten preussischen Landtag nach den Mehrheitssozialisten die stärkste Partei. Sie erklärte ganz offen, daß für sie eine rein bürgerliche Regierung in Preußen, obwohl deren zahlenmäßige Voraussetzungen durch die Schwächung des sozialistischen und das Anwachsens des rechten Flügels durchaus gegeben sind, nicht in Frage komme. Sie hätte die völlige Beseitigung der Sozialdemokratie aus ihren gegenwärtigen sehr starken Nachstellungen in Preußen zur Grundlage, und daß diese nicht ohne schwere Kämpfe, nicht ohne im höchsten Grade bedenkliche Erschütterungen des inneren Friedens zu erreichen wäre, kann wohl von keinem ernstlichen Politiker bestritten werden. Also bleibt nur die Heranziehung der Deutschen Volkspartei zur Teilnahme an der bisherigen Koalition. Diese gewönne damit eine sichere zahlenmäßige Mehrheit, da ja für die Demokratische Partei kein Grund ersichtlich ist, sich schmolend oder gar grollend zurückzuziehen. Wohl aber müßten die Mehrheitssozialisten aufhören, der Deutschen Volkspartei die volle Schulter zu zeigen, müßten auch bereit sein, der Schwächung ihrer Gesamtposition im Landtag entsprechend einen Teil ihres bisherigen, nahezu allein ausschlaggebenden Einflusses nach rechts hin abzugeben und — sollten für diese Einbuße in Preußen durch Wiederaufnahme in die Reichsregierung entschädigt werden. Dann hätten wir endlich im Reich und in Preußen die gleiche Front, der unerträgliche Zustand, daß die preussische der Reichsregierung fortgesetzt in wichtigen Fragen Opposition macht, wäre beseitigt und wir hätten endlich eine Stellung gewonnen, die nach innen wie nach außen einige Dauer verbräuge. Die Bemühungen, eine Verständigung unter den Parteien in diesem Sinne herbeizuführen, haben sofort vom Reiche mit aller Kraft eingeseht, und wenn nicht alles täuscht, besteht einigermaßen begründete Aussicht, daß sie zum Ziele führen.

Erleichtert werden sie auf der einen Seite durch die Tatsache, daß die Bildung einer rein sozialistischen Regierung, wie sie kürzlich in Sachsen trotz des überraschend großen Wahlsieges der bürgerlichen Parteien zustande kam, für Preußen unmöglich geworden ist. Zum Überschuß hat sich der „Vorwärts“ die Abgeneigtheit der Unabhängigen, das Kriegsbild zwischen den beiden „Bruderparteien“ endlich zu begraben und an der Herstellung einer bürgerlichen Regierungskoalition mitzuwirken, noch ausdrücklich betonen lassen; wobei natürlich eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei ganz und gar nicht in Frage käme. Haben die Mehrheitssozialisten noch im vorigen Sommer

aus Furcht vor den Unabhängigen die Zusammenarbeit mit dem „Stall Stresemann“ im Reich abgelehnt, so braucht diese Angst sie jetzt nicht mehr sonderlich zu erschrecken; dazu ist ihren unmittelbaren Nachbarn zur Linken die Wahlniederlage vom 20. Februar denn doch zu gewaltig in die Glieder gefahren. Bleibt nur die Frage, wie die Reichsparteien sich zu der Sache stellen werden. Die Deutsche Volkspartei will, daß diesmal unter allen Umständen auch mit den Deutschenationalen verhandelt wird. Diesen Gesellen wird man ihr wohl schließlich einlassen müssen; aber daß es hier lediglich bei einem Verzicht bleiben wird, darüber werden alle Beteiligten sich wohl von vornherein keiner Täuschung hingeben. Es bleibt nur die Wahl zwischen Ausschließung der Sozialdemokratie und Ausschließung der Deutschenationalen von der Regierungsbildung. Welche von diesen beiden Möglichkeiten von der Mehrheit des Reichstags sowohl wie von derjenigen des Landtags als das kleinere Übel angesehen werden wird, kann seinen Augenblick zweifelhaft sein. So wird die Deutsche Volkspartei sich auch diesmal wieder den Forderungen der parlamentarischpolitischen Lage anpassen, und die Deutschenationalen werden in der Opposition bleiben, was schließlich unter den heutigen Verhältnissen ertragen werden kann.

Schöner wäre es schon, wenn auch diese Partei nicht abseits zu stehen brauchte; dann wäre es so ziemlich das gleiche brennende Volk, das sich in einer achtunggebietenden Einheitsfront zusammengelassen hätte, zur Verteidigung gegen Raubgier und Nechtschaff wie zum Wiederaufbau.

428 preussische Abgeordnete.

Das amtlich festgestellte Ergebnis.

Nunmehr liegen die amtlichen Berechnungen des Landeswahlleiters für die Wahlen zum neuen preussischen Landtag vor. Danach hat sich die Zahl der Abgeordneten noch um sieben vermehrt, so daß sich der Landtag nicht aus 421, wie zuerst bekanntgegeben, sondern aus 428 Mitgliedern zusammensetzt. Die Verteilung auf die Parteien ist folgende:

Mehrheitssozialdemokraten	114
Zentrum	81
Deutschnationale	75
Deutsche Volkspartei	58
Bereinigte Kommunisten	30
Unabhängige	29
Demokraten	26
Deutsch-Hannoveraner	11
Wirtschaftspartei	4
zusammen	428

Auf die Mehrheitssozialdemokraten entfallen dabei 97 Mandate aus den Kreiswahlvorschlägen, 10 aus der Berechnung der Reststimmen, 7 aus Oberschlesien (nicht neugewählt, sondern aus der früheren Landesversammlung übernommen). Für das Zentrum sind die entsprechenden Zahlen, 64, 6 und 11, die Deutschenationalen 62, 12 und 1, die Deutsche Volkspartei 48 und 10, die Kommunisten 20 und 10, die Unabhängigen 18, 9 und 2, die Demokraten 14, 11 und 1, die Deutsch-Hannoveraner 9 und 2, die Wirtschaftspartei 1 und 3.

Die Parteiverhältnisse im Reichstag.

Endergebnis der Reichstagswahlen.

Auf Grund der Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein ergibt sich unter Berücksichtigung der noch nicht verwendeten Reststimmen vom 6. Juni 1920 folgende Verteilung innerhalb der Parteien des Reichstags:

Partei	Zahl der Abgeordneten bisher	künftig
Deutsche Volkspartei	62	65
Deutschnationale Volkspartei	66	71
Hannoversche Landespartei	5	5
Zentrum	67	68
Bayerische Volkspartei	21	21
Bayerischer Bauernbund	4	4
Deutsch-DEMOKRATISCHE Partei	45	49
Mehrheitssozialdemokraten	113	108
Unabhängige	59	61
Kommunisten	24	26
zusammen	466	469

Gewonnen haben demnach Mandate: Deutsche Volkspartei 3, Deutschnationale 5, Zentrum 1, Unabhängige und Kommunisten je 2. Verloren haben Demokraten und Mehrheitssozialisten je 5 Sitze.

Amerika gegen die Mandatsverteilung.

Verletzung der Völkerbundesaufgabe.
Der amerikanische Botschafter in Paris hat dem Rat des Völkerbundes in einem Schreiben eine Note der Vereinigten Staaten angekündigt, in der gegen die Verteilung der Mandate in Kleinasien und im Pazifik Einspruch erhoben wird. Der Botschafter ersucht den Rat des Völkerbundes, vor Eingang der Note keine endgültige Entscheidung über irgendeinen Punkt der Mandatsfrage zu treffen.

1. Der Oberste Rat, der die früheren alliierten und assoziierten Mächte vertritt, hat durchaus nicht das Recht, dem Völkerbund irgendeine Mandatsfrage zu unterbreiten, ohne vorher die Vereinigten Staaten befragt und ihre Zustimmung erhalten zu haben, da diese rechtlich begründete Ansprüche auf alle früheren deutschen Kolonien haben, die sämtlichen fünf Großmächten zusammen gehören.
2. Der Völkerbund hat nicht das Recht, diese Mandate ohne die Zustimmung der Vereinigten Staaten zu verteilen, und die Vereinigten Staaten behalten sich das Recht vor, derartige Maßnahmen des Völkerbundes nicht anzuerkennen.
3. Was die Insel Yap anbelange, so liegt eine Verletzung der Völkerbundesaufgabe vor, da man sie Japan zuerkennen habe. Diese Verletzung sei sowohl vom Obersten Rat als auch vom Völkerbund begangen, als sie für die Interessen Japans eintraten.

In den Kreisen der Mitglieder des Völkerbundes wird diese Note so ausgelegt, daß die Mandatsfrage neuerdings aufgerollt werden soll, und zwar in einem Augenblick, wo die Alliierten die finanzielle Unterstützung der Vereinigten Staaten suchen. Großbritannien und Japan stehen in der Mandatsfrage zusammen. Dagegen werde Frankreich keinerlei Einspruch dagegen erheben, daß die ganze Angelegenheit neuerlichen Beratungen unterzogen und die Einsprüche der Vereinigten Staaten berücksichtigt würden.

Dr. Hermes über die Ernährungslage.

Auswärtige Hilfe nötig.
In München empfing nach Abschluß der Ernährungs-Konferenz der Reichsernährungsminister Hermes einige Pressevertreter. Der Minister führte dabei u. a. aus:

Gegenwärtig ist zweifellos eine gewisse Erleichterung eingetreten, aber die Verbesserung ist nur dann aufrecht zu erhalten, wenn die Londoner Konferenz uns nicht zurückwirft. In Spa war es gelungen, die Mitwirkung der alliierten Mächte bei der Lösung der Ernährungsfrage sicherzustellen. Nur mit Hilfe der alliierten Mächte können wir weiterkommen. Wenn wir in der Ernährung auf eigene Füße gestellt werden sollen, so fürchte ich, daß auch die bescheidensten Ansprüche unmöglich erfüllt werden könnten, umsoweniger, wenn etwa das Verhältnis Deutschlands zu den bisherigen Feinden auf der Grundlage der Pariser Beschlüsse geregelt würde. Dann würde Deutschland in einen Zustand starker Unterernährung zurückgeworfen werden. Deshalb muß das größte Gewicht darauf gelegt werden, in London erneut den Beweis zu erbringen, daß wir die Hilfe des Auslandes dringend benötigen. Wir müssen unabweisend erklären, daß wir anderenfalls unseren Verpflichtungen nicht nachkommen können. Es wird eine sehr wichtige Aufgabe der deutschen Delegation sein, auf diesen Punkt hinzuweisen. Ich persönlich habe die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es gelingen wird, auf der Gegenseite diese Überzeugung wahrzunehmen.

Mehr Zucker — keine Brotverwertung.
Minister Hermes erklärte weiter, daß die deutsche Zuckerzeugung sich um ungefähr 50 Prozent gegenüber dem Vorjahre gehoben habe. Auch in der Landwirtschaft sei die Erzeugung in diesem Jahre ein Schritt nach vorwärts zu erwarten. Die Steigerung der Inlands-erzeugung in der Landwirtschaft hängt zum großen Teil von der Lösung der Ausfuhrfrage ab. Unsere Stroh-Industrie ist in guter hoffnungsvoller Entwicklung und bewegt sich mit ihrer Produktion auf einem Stande von 270 000 bis 300 000 Tonnen reinen Strohproduktes. Was das bedeutet, ist daraus zu ersehen, daß 1913 die deutsche Landwirtschaft einschließlich der abgetretenen Gebiete rund